

Vorsichtige Entspannung

Das Verhältnis zur Türkei wird Frankreich und Deutschland weiter beschäftigen

Von Delphine Nerbollier*



Wie werden sich die politischen Beziehungen zwischen der EU und der Türkei entwickeln? Es wird wesentlich darauf ankommen, ob sich Deutschland und Frankreich in ihrer Türkeipolitik stärker abstimmen. Allerdings hat sich insbesondere in Deutschland, das historisch sehr enge Beziehungen zur Türkei hat, die Enttäuschung über den schwierigen außenpolitischen Partner verstärkt. Frankreich hingegen wahrt eine größere Distanz zum autoritären Regime des türkischen Präsidenten.

Langsam und in kleinen Schritten mehren sich – nach zwei Jahren wachsender Spannungen und politischer Eskalation – die Anzeichen für eine Entspannung im Verhältnis zur Türkei. Am 5. Januar wurde der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan in Paris von seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron empfangen. Der letzte offizielle Besuch des starken Mannes aus Ankara in Frankreich fand im November 2015 statt. Gleichzeitig will die türkische Regierung die Beziehungen zu ihrem strategischen Verbündeten Berlin „normalisieren“ und lässt den deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel nach einem Jahr Haft frei.

Diese fein dosierten und öffentlich inszenierten Zeichen der Entspannung bedeuten jedoch noch nicht die Rückkehr zu normalen Beziehungen mit Ankara. Die angesammelten Frustrationen brauchen Zeit, um zu verschwinden. Vor allem Deutschland, das in weniger als zwei Jahren vom Hauptpartner zum – von Erdogan selbst so bezeichneten – „besten Feind“ der Türkei avanciert ist, macht aus seiner Enttäuschung keinen Hehl.

Die Intensität der Krise zwischen Ankara und Berlin erklärt sich auch aus historisch sehr engen

Beziehungen. Bereits im 19. Jahrhundert schloss Kaiser Wilhelm II. ein Militärbündnis mit dem Osmanischen Reich. Nach dem Zweiten Weltkrieg fanden sich die neuen deutschen und türkischen Republiken in der NATO zusammen und unterzeichneten Deutschland und die Türkei 1961 ein Abkommen, das 900 000 Türken erlaubte, in Deutschland als „Gastarbeiter“ zu arbeiten. Heute lebt in Deutschland – mit rund drei Millionen Menschen – die größte türkische Diasporagemeinschaft der Welt. Deutschland ist einer der größten ausländischen Investoren in der Türkei.

So hat jede politische und wirtschaftliche Krise Auswirkungen auf die Türken in Deutschland, z. B. 2005, als Angela Merkel die europäischen Hoffnungen Ankaras dämpfte, indem sie sich für eine privilegierte Partnerschaft anstelle einer Vollmitgliedschaft aussprach. Das Abgleiten in autoritäre Methoden, die der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan seit 2013 weiter ausbaute, entfachte den Konflikt neu und vertiefte – auch in Deutschland – die Konflikte und Trennlinien innerhalb der türkischen Gemeinschaft zwischen Kurden und Türken, Sunniten und Aleviten, Laien und Religiösen, Pro- und Anti-Erdogan-Aktivisten. Nie zuvor gab es auch auf politischer und

* Delphine Nerbollier ist freie Journalistin in Berlin; sie arbeitet u. a. für die französische Tageszeitung *La Croix*.



© pixabay

AKP Kundgebung

diplomatischer Ebene so viele Konfliktthemen wie in den letzten zwei Jahren.

2016 als Wendepunkt für die Beziehungen

Alles begann damit, dass der türkische Präsident bei deutschen Gerichten eine Klage gegen ein satirisches Gedicht des TV-Satirikers Jan Böhmermann einreichte. Dieses verletze Persönlichkeitsrechte, so die Argumentation. Im Juni 2016 stimmten die Abgeordneten des deutschen Bundestages dann mehrheitlich für eine Resolution, welche die massenhaften Vertreibungen und Ermordungen von Armeniern 1915 als Völkermord bezeichnete. Das sorgte für große Aufregung und Empörung in Ankara. Dort verglich man die Abstimmung und Entscheidung mit einem Dolchstoß, der dem strategischen Partner Türkei hinterrücks zugefügt werde. In diesem Spannungsfeld kam es am 15. Juli 2016 zum Putschversuch gegen die türkische Regierung. Berlin verurteilt wie andere europäische Regierungen diesen Angriff auf die demokratisch gewählte türkische Regierung, fordert aber Ankara auf, bei der Strafverfolgung

möglicher Putschisten rechtsstaatliche Regeln zu respektieren. Vergeblich. Nach dem Putsch wurde die Politik von Recep Tayyip Erdogan noch autoritärer: Bereits im Mai 2013 hatte er die friedlichen Proteste im Gezi-Park mit Gewalt auseinandergetrieben – doch nach dem Putsch 2016 wurde die Unterdrückung von Zivilgesellschaft und Opposition repressiver. Es folgen Säuberungen und Verhaftungen in der Armee und in der Verwaltung, die Verhängung des Ausnahmezustands – der immer noch in Kraft ist –, Einschüchterung und Zensur gegen oppositionelle Medien sowie die Inhaftierung von Hunderten von Akademikern und Journalisten. Im April 2017 sorgt Erdogan per Verfassungsreferendum dafür, dass die zentrale Präsidialgewalt weiter gestärkt wurde und die Gewaltenteilung im Land weiter geschwächt.

Eklat nach dem Staatsstreich in der Türkei

Auf die offensichtliche Verschlechterung der Rechtsstaatlichkeit in der Türkei reagierte die Regierung

von Angela Merkel wie üblich zunächst mit Zurückhaltung. In dem Bewusstsein, dass eine diplomatische Eskalation wirtschaftlichen Schaden anrichten und die Spannungen unter den Türken in Deutschland erhöhen könnte, mischt sich Berlin nur ungern in die inneren Angelegenheiten seines Partners ein. Dies hat zu Kritik seitens der Opposition und der Menschenrechtsorganisationen geführt, die eine zu pragmatische Politik kritisieren, die demokratische Prinzipien und Werte zu wenig einfordert.

Das galt bis zu dem Punkt, an dem Deutschland trotz allem direkt von den politischen Veränderungen in der Türkei betroffen war. Denn nach dem gescheiterten Staatsstreich klopften in Berlin mehrere hundert türkische Soldaten, Diplomaten und Beamte an die Tür und baten um politisches Asyl. Rund hundert Akademiker und Journalisten, die im Visier des Regimes standen, fanden in Deutschland Schutz. Recep Tayyip Erdogan warf Berlin daraufhin vor, Terroristen zu schützen. Der Konflikt eskalierte weiter, als in der Türkei ein Dutzend Deutsche – die meisten von ihnen Inhaber von Doppelpässen – verhaftet wurden. Der Fall des Journalisten Deniz Yücel und des Amnesty-International-Aktivisten Peter Steudtner, die beschuldigt wurden, Verbindungen zu terroristischen Organisationen zu haben und verhaftet wurden, löste harte Reaktionen auf politischer Ebene und in den deutschen Medien aus: „Die Türkei verlässt das Fundament der europäischen Werte“, stellt der damalige deutsche Außenminister Sigmar Gabriel im Juli 2017 fest.

Als AKP-Politiker im Frühjahr 2017 im Rahmen des Wahlkampfes für das Verfassungsreferendum in Deutschland Wahlkampfveranstaltungen planen, wurden diese durch die deutschen Behörden verhindert. In der sensiblen Phase vor der türkischen Parlamentswahl im September war das – genauso wie die öffentlich geäußerte klare Kritik am Kurs Erdogans – ein starkes Signal – auch in die türkische Öffentlichkeit hinein. Erdogan reagierte darauf in seiner ihm eigenen Art, Eskalation mit Gegeneskalation zu beantworten. In Ankara verglich der türkische Präsident die Regierung von Angela Merkel mit Nazi-Deutschland.

Berlin ergriff auch wirtschaftliche Maßnahmen gegen die Türkei: Sie beschränkte die staatlichen Garantien auf Investitionen und bekräftigte ihre Reisewarnungen für die Türkei. Der Schlag war hart für den türkischen Tourismus, der bereits von zahlreichen islamistischen Angriffen und dem Putschversuch geplagt war. Im Juli 2017 zog Deutschland seine Soldaten vom türkischen Stützpunkt Incirlik ab und verlegte sie nach Jordanien, um von dort aus Operationen in Syrien zu unterstützen. Immer wieder war es zuvor in dieser Frage zum Streit zwischen Ankara und Berlin gekommen. Die Türkei hatte unter anderem deutschen Abgeordneten den Besuch der deutschen Truppen auf dem Stützpunkt verboten. Das Verbot sei eine Reaktion auf die Völkermord-Resolution des Bundestages, mit der die Massaker des Osmanischen Reiches an den Armeniern 1915 als Völkermord verurteilt wurden. Ein Thema, das auch als Druckmittel eingesetzt wurde, als Ankara Visa-Erleichterungen forderte.

Frankreich hält mehr Distanz zu Ankara

Auf der anderen Seite des Rheins, in Paris, wird die politische Situation in der Türkei mit mehr Distanz beobachtet. Sicherlich ist Paris, wie Berlin, besorgt über die autoritären und antidemokratischen Tendenzen der Türkei. Frankreich musste im Sommer 2017 eingreifen, um die Freilassung des französischen Journalisten Loup Bureau zu erreichen. Die französische Regierung setzte sich auch dafür ein, dass die Gerichtsverfahren gegen ein Dutzend Wissenschaftler der französisch-türkischen Galatasaray-Universität in Istanbul eingestellt werden.

Allerdings halten sich die Spannungen in Grenzen. In Frankreich leben nur 700 000 Menschen türkischer Herkunft. Ihr Einfluss ist begrenzt. Franzosen und Türken geben oft zu, dass sie sich nicht gut kennen. Die politischen Umwälzungen in der Türkei haben daher nur begrenzte Auswirkungen auf die französische Gesellschaft. Während des Verfassungsreferendums von 2017 entschied sich Paris daher dafür, Wahlversammlungen türkischer Vertreter zu genehmigen und vertrat damit eine andere Position als seine deut-

schen, niederländischen und belgischen Nachbarn. Nicht nur hierbei zeigte sich, dass es keine wirklich gemeinsame europäische Linie gibt.

Die Zurückhaltung in Paris erklärte sich teilweise auch durch die Welle von Terroranschlägen im Jahr 2015. Denn durch sie wurde die Türkei als Partner im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus wieder wichtig. Der damalige französische Präsident François Hollande nahm die Zusammenarbeit mit den türkischen Polizei- und Nachrichtendiensten wieder auf. Damit wurde die negative Phase der Sarkozy-Ära in den bilateralen Beziehungen beendet. Im Jahr 2005 hat sich das ehemalige Staatsoberhaupt gemeinsam mit Angela Merkel gegen den Beitritt Ankaras zur Europäischen Union ausgesprochen.

In einer sich verändernden Welt ist die Türkei als Faktor wichtig

Mit dem syrischen Konflikt, den Spannungen mit Russland und der Unsicherheit über die amerikanische Politik wurde auch der französischen Diplomatie bewusst, dass ein Verlust der Türkei im Kampf gegen den islamistischen Terror und anderen Sicherheitsfragen für das westliche Lager ein großer Verlust wäre. Paris ist stärker als Deutschland im Nahen Osten engagiert. Es setzt vor allem auf diplomatische Instrumente bei seinen Beziehungen zu Ankara. So ermutigt Frankreich seinen türkischen Partner, sich stärker im Friedensprozess einzusetzen und den Astana-Prozess zu unterstützen, bei dem (in der kasachischen Hauptstadt) um einen Frieden in Syrien gerungen wird. Und auch wenn Paris – wie Berlin – im März 2018 seinen Ton gegenüber der Türkei verschärfte, als türkische Truppen die kurdische Stadt Afrin in Syrien angriffen, so verzichtet Paris auf jede Androhung militärischer oder konkreter Gegenmaßnahmen vor Ort. In einer sich verändernden Welt

sind gemeinsame Interessen mit Ankara vorrangig.

Auch Berlin ist sich der wesentlichen Rolle der Türkei bewusst, trotz der Differenzen mit deren Führer Recep Tayyip Erdogan. In Deutschland dominierte seit 2015 das Thema Migration und gab Ankara eine neue Karte in die Hand. Im März 2016, als 890 000 Flüchtlinge in Deutschland angekommen waren, war Angela Merkel die Architektin eines Migrationsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Türkei. Die Kanzlerin zog den Zorn von Menschenrechtsverteidigern auf sich, die ihr Umgang mit einem Diktator vorwarfen. Zwei Jahre später verteidigt Angela Merkel dieses Abkommen, das es ermöglicht habe, die Zahl der Migranten, die über das Ägäische Meer nach Europa und Deutschland kamen, zu reduzieren. Die Kanzlerin wiederholte, dass der Kampf gegen illegale Einwanderung und islamistischen Terrorismus nur in Zusammenarbeit mit der Türkei gelingen könne.

Das alles erklärt jedoch nicht das in den letzten Monaten erkennbare Einlenken auf Seiten Ankaras. Dies ging in erster Linie von einer verzweifelten türkischen Regierung aus. Der Rückgang der Touristenzahlen, zunehmende Zurückhaltung ausländischer Investoren, Rekordinflation, Zusammenbruch der türkischen Lira – das alles sind spürbare Folgen der diplomatischen Verwerfungen, von denen hier die Rede ist. Die wirtschaftlichen Kennzahlen sind rot. Diplomatisch ist die Isolation fast vollständig. Die Türkei hat sich nicht nur mit den Europäern – und mit ihrem wichtigsten Partner Deutschland – zerstritten, sondern auch mit den Vereinigten Staaten, welche die türkische Intervention in Syrien kritisieren. Im Dezember 2017 kam Recep Tayyip Erdogan zu dem Schluss: „Wir müssen die Zahl unserer Feinde reduzieren und die Zahl unserer Freunde erhöhen.“